Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Aueerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. [illegible]

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen. | Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetit alle für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Aufnahme im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 291. Donnerstag, den 16. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichsrat stimmte gestern der Novelle zum Einkommensteuergesetz zu, durch welche die doppelte Besteuerung des Einkommens des Jahres 1920 vermieden wird. Für das Rechnungsjahr 1920 soll nach dem Ergebnis des Kalenderjahres 1920 veranlagt werden und die Veranlagung für 1921 erst nach dem Abschluß dieses Kalenderjahres erfolgen.

*

Die deutsche Delegation zur Brüsseler Sachverständigenkonferenz ist gestern in Brüssel angekommen.

*

Die Interpellation der Unabhängigen im Reichstag über die auswärtige Politik der Reichsregierung wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen zur Erörterung gelangen.

*

Wilson fordert das amerikanische Volk auf, 500 Tausend Dollar aufzubringen, um den Kindern in Zentraleuropa zu helfen.

Wilson als Träger des Friedenspreises.

So mußte es kommen. Es war ja noch nicht genug Unwahrhaftigkeit in der Welt. Immerhin verlohnt es sich, diese blutige Satire etwas näher zu betrachten. Wenn uns das Gedächtnis nicht trügt, so sind es drei Aufgaben, die Alfred Nobel besonders genannt hat: Förderung der allgemeinen Brüderlichkeit, Aufhebung oder Verminderung der stehenden Heere, Errichtung schiedsrichterlicher Tribunale zwischen den Völkern. Für das wirksamste Bestreben hierfür wurde der Friedenspreis ausgesetzt. Also nicht nur für Worte, sondern für die Tat! An Worten hat es bei Wilson nicht gefehlt. Was aber hat er getan, nachdem er Präsident geworden, also in die Lage gekommen war, seinen Worten die Tat nachfolgen zu lassen! Hat er die allgemeine Brüderlichkeit gefördert? Nein. Im Gegenteil duldete er erst, daß sein Land um schnöden Geldgewinn die furchtbarsten Kriegsmittel herübersandte, und damit die Fortführung des Krieges überhaupt ermöglichte. Wilsons Verdienst ist es keineswegs, daß damals nicht sogar an beide kriegführenden Teile (an die feindlichen Brüder) geliefert wurde. Dann griff er, zufolge höchstpersönlichen Entschlusses, selber in den Kampf ein und verwickelte damit zum ersten Male die neue Welt in einen europäischen Krieg. Und endlich war er Mittäter des größten Betruges aller Zeiten, des Friedensvertrages von Versailles. Das nennt man jetzt in Norwegen Förderung der allgemeinen Brüderlichkeit. Weiter. Beseitigte oder minderte Wilson die stehenden Heere? Nein! Die gewaltsame Entwaffnung Deutschlands kann darunter doch wohl nicht verstanden werden. Nur schüchtern spricht man in Genf vom Abrüsten. Gerade in Nordamerika geht die Herstellung von giftigen Gasen und Sprengmitteln munter fort; man bereitet sich auf den Entscheidungskampf mit Japan vor und sucht den Engländern den Rang im Kriegsschiffbau abzulaufen. Und endlich die Errichtung von Tribunalen zwischen den Völkern? Nichts hat unserer Ansicht nach dem Gedanken des obligatorischen Weltschiedsgerichtes (das allein helfen könnte!) mehr geschadet, als die verschwommenen Schiedsbestimmungen des jetzt geltenden Völkerbundes. Was also hat, wir wiederholen die Frage, Wilson getan, was hat er gewirkt; um den Friedenspreis zu verdienen? Sieht man aufs Ganze, so hat Wilson den Menschheitsgedanken des Völkerbundes, der an sich der erhabenste Ausdruck allgemeiner Brüderlichkeit sein könnte, gröblich entstellt und damit dieser großen, heiligen Sache unendlich geschadet. Dies alles, nachdem er wie kein anderer vor ihm in der Weltgeschichte, die Möglichkeit hatte zu wirken in Alfred Nobels Sinne.

Ueber den Preisgenossen Wilsons, Leon Bourgeois, wird ebenfalls mancher den Kopf schütteln. Auch einer von den liberalen Friedensschwärmern, die nachher der Kriegspsychose verfielen! Sein Wirken in Genf ist mindestens zweideutig. Doch steht unseres Erachtens seine Partie günstiger als die Wilsons; wenigstens hat er sich vor dem Kriege im Haag ehrlich bemüht und verdient gemacht. Für Norwegen war es ja wohl von wirtschaftlichem Belange, wieder einmal eine sichtbare Verbeugung vor Frankreich zu machen. Vielleicht ist es die Abhängigkeit des neutralen Staates, die auch dem Amerikaner zugute kam. Immerhin wundern wir uns, daß sich der Storthingausschuß so erniedrigen konnte. An die Förderung wirtschaftlicher Interessen hat Alfred Nobel, dieser Idealist, sicher nicht gedacht. Ob nicht doch Wilson erröten wird, wenn er den Preis entgegennimmt? Oder hat er das in Versailles verlernt?

Kritischer Stand der Eisenbahnerbewegung.

Streikbeschluß in Dresden? — Ein Ultimatum?

Von einem Nachrichtenbureau wird aus Dresden gemeldet: Die Eisenbahnerbewegung soll in Dresden zu dem Beschluß geführt haben, daß bei Nichtbewilligung der Forderungen der Ausstand eintreten solle. Eine Bestätigung dieser Meldung ist noch nicht eingelaufen. Eine andere Meldung liegt beim Reichsverkehrsministerium aus Leipzig vor. Hier sollen die Eisenbahner noch weiter gehen. Nach in Berlin eingegangenen Nachrichten hätten die Eisenbahner ein unbefristetes Ultimatum gestellt und sich gleichzeitig in einer Entschließung von den Beamtenorganisationen losgesagt. In Dresden ist von ultimativen Beschlüssen nichts bekannt. Der Standpunkt der Großorganisationen der Eisenbahner ist gegenwärtig der, daß eine Parole zum Streik nicht ausgegeben wird. Die Maßnahmen der Regierung, die u. a. angeordnet hat, daß den Eisenbahnern noch vor Weihnachten das Januargehalt ausgezahlt wird, haben die ganze Angelegenheit um einige Wochen verschoben. Die Krise wird aber im Januar eintreten, wenn bis dahin keine Einigung erzielt worden ist. Eine andere Frage ist aber, daß gleichzeitig auch die Eisenbahnarbeiter Forderungen auf Lohnerhöhungen gestellt haben. Sollten diese Forderungen neuerdings abgelehnt werden und die Eisenbahner streiken, so ist es sehr wahrscheinlich, daß vor allem die im Betriebe stehenden Eisenbahnbeamten sich den Arbeitern zur Durchsetzung ihrer Forderungen anschließen werden.

* * *

Von amtlicher Stelle wird auf Anfrage erklärt, daß tatsächlich ein Ultimatum von unabhängiger Seite gestellt worden ist. Im übrigen wird bestätigt, daß die Erregung unter den Eisenbahnbeamten, noch mehr unter den Eisenbahnarbeitern, sehr groß ist, und daß noch nicht abzusehen ist, wohin die Bewegung treibt.

Der Streik im sächsischen Bergbau dauert an.

Die nach Berlin entsandte Kommission von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern aus dem Bergbau, die das Reichskabinett bewegen will, einer Kohlenpreiserhöhung für die sächsischen Steinkohlenwerke zuzustimmen, damit diese aus dem Mehrerträgnis die von den Bergarbeitern geforderte Lohnerhöhung decken können, hat am Dienstag ihr Ziel noch nicht erreichen können, da die Mitglieder des Reichskabinetts infolge anderweitiger Abhaltung nicht zu einer Sitzung zusammenzubringen waren. Reichsarbeitsminister Dr. Braun wollte jedoch Mittwoch nachmittag 4 Uhr im Reichskabinett Vortrag über die vorgebrachten Wünsche halten, hat indessen schon Bedenken gegen eine Kohlenpreiserhöhung geäußert.

Verhängnisvolle Streikfolgen.

Inzwischen geht der Streik weiter. Die Wirkungen werden immer verhängnisvoller. Das Elektrizitätswerk in Oelsnitz i. Erzgeb., von dessen Stromerzeugung 120 Ortschaften abhängen, hat, wie man weiß, seit Dienstag die Stromabgabe vollständig gesperrt. Es besteht vorläufig auch weiter keine Aussicht, daß das Werk in den Abendstunden wird Licht abgeben können, da es keine Kohlen mehr hat. Das Elektrizitätswerk Obererzgebirge in Schwarzenberg, das über 90 Ortschaften mit Strom versorgt, stellt für die Hälfte seiner Abnehmer die Lieferung von elektrischer Arbeit tagsüber gänzlich ein und gibt nur noch 50 Prozent des Normalen ab. Auch für das Elektrizitätswerk an der Pleiße wird ein Notplan veröffentlicht. Das Werk stellt für 44 Ortschaften die Stromlieferung von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr vollständig ein. Ferner sind in den letzten Tagen ungefähr 30 Gaswerke wegen Kohlenmangels stillgelegt worden, weitere werden folgen, wenn sich die Kohlenbelieferung nicht bald bessert. Manche Gaswerke haben sich dadurch aus der ersten Not geholfen, daß sie Holz vergasen. Daß es sich hierbei nur um einen Notbehelf handeln kann, ist klar.

Demokratischer Parteitag.

Der letzte Tag der demokratischen Parteiverhandlungen in Nürnberg galt den kulturellen Fragen. Er zeigte die Reihen der Delegierten nur wenig gelichtet und bot reiche Anregung. Dr. Jeuß-Berlin führte in glänzender Rede und künstlerischer Form in das Problem demokratischer Staats- und Volksgemeinschaft ein mit einer überlegenen Verteidigung des demokratisch-republikanischen Staatswesens gegen den Vorwurf, die Weimarer Verfassung sei nur die Festlegung einer von den wesentlichen Demokratien übernommenen rein formalen Demokratie. Er stellte dem gegenüber fest, welchen hohen kulturellen und ethischen Inhalt sie habe. Der dann folgende Vortrag des Kieler Universitätsprofessors Baumgarten über Demokratie und Kirche war ein warmer Appell zu gunsten gereiften Verständnisses für die Bedeutung der Religion im Volksleben und der Pflicht, die sich bei kirchlichen Wahlen und finanzieller Fürsorge für die Kirche ergebe. Die Kirche dürfe nicht eine Sammelstelle reaktionärer Geister werden. Im unmittelbaren Anschluß sprach der Nürnberger Schulrat und Reichstagsabgeordnete Weiß zu den Aufgaben der Demokratie im Schulwesen, die hauptsächlich bestehen in der Bekämpfung der Zersplitterung des Schulwesens, der Preisgabe des staatlichen Einflusses, der Verschärfung konfessioneller Zerklüftung und der Schwächung der Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens, in der wir gerade einen der stärksten Pfeiler der Reichseinheit sehen. Dazu kommt natürlich die volle Umgestaltung der Lehrerbildung, die keinen weiteren Aufschub duldet. Um diese Grundgedanken gruppierten sich eine Fülle von historischen und grundsätzlichen Gedanken und Erfahrungen aus der Praxis. Beide Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und gaben zu einer Aussprache reichen Stoff. Es fehlte dabei freilich nicht an Widerspruch im einzelnen, aber einmütig war der Parteitag darin, daß die Erörterung gerade dieser Kulturfragen neben den politischen und wirtschaftlichen die Hauptaufgabe der deutschen demokratischen Partei sein soll und daß zur Lösung dieser Aufgaben diese Referate am letzten Tage der Verhandlungen sehr fördernd mitgewirkt haben. Die auf großer geistiger Höhe stehende Debatte ging bis in die Nachmittagsstunden hinein und fand ihren Abschluß mit dem Parteitag selbst, der mit einer packenden Rede des Professors Gerland geschlossen wurde. Anschließend an Gerlands Ruf, über alle Trennungen des Parteiwesens hinweg nicht zu vergessen, daß alle Deutsche seien, sangen die Teilnehmer stehend das Lied: Deutschland über alles.

Kleine politische Meldungen.

Erzberger wegen Meineids verfolgt. Dem Reichstage ging soeben durch Vermittelung des Reichsministeriums des Innern ein Antrag der Staatsanwaltschaft zu, die Verfolgung des Abgeordneten Erzberger wegen Verletzung der Eidespflicht zu gestatten. Es wird dem Abg. Matthias Erzberger eine fünffache Verletzung der Eidespflicht vorgeworfen und darauf hingewiesen, daß er im Prozeß gegen Dr. Bölk den Strafantrag zurückgezogen hat.

Keine Verbandsantwort auf die Rheinlandnote. Die Verbündeten haben, wie der Voss. Ztg. aus Be[rlin] gemeldet wird, nicht die Absicht, die deutsche An[t]wortnote wegen der Ministerreden im Rheinlande zu beantworten. Sie wollen sich jedoch über die Maßnahmen verständigen, die sie zu treffen hätten, falls noch [ein]mal Fall dieser Art eintreten sollte. Von französischer Seite wird dazu erklärt, daß die Verbündeten niemals daran gedacht hätten, den deutschen Ministern Reisen ins besetzte Gebiet zu untersagen, falls sie sich vorher zum Verzicht auf Reden gegen die Entente und gegen den Frieden verpflichten.

Fortdauer der Kriegsgesellschaften? Die Auflösung der Kriegsgesellschaften, die im allgemeinen vom 1. April 1921 angekündigt war, ist wieder fraglich geworden. Die Kündigungen der Angestellten sind zum größten Teile zurückgenommen worden. Die Unabhängigen haben eine Anfrage im Reichstage eingebracht, in der behauptet wird, daß die Kriegsgesellschaften jetzt noch jährlich 2,75 Milliarden Kosten dem Reiche verursachen.

Der Stellenwechsel im Reichsfinanzministerium. Es bestätigt sich, daß ein Rücktrittsgesuch des Unterstaatssekretärs im Reichsfinanzministerium Moesle vorliegt. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen wird vom Reichsfinanzministerium festgestellt, daß ein Rücktrittsgesuch des Finanzdiktators Carl nicht vorliegt. Dieser arbeitet im vollen Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zusammen.

Ein Beamtenausschuß im Reichstag. Im Reichstag wird ein besonderer, 28 Mitglieder zählender Beamtenausschuß gebildet werden, der die Beamtenfragen regeln soll. Wahrscheinlich wird der bisherige Besoldungsausschuß zum ständigen Beamtenausschuß ernannt werden.

Die Brüsseler Konferenz. Aus Brüssel wird gemeldet: Gestern vormittag hat bereits eine vorberatende Sitzung stattgefunden. Die Deutschen werden auf der Konferenz ebenso wie in Spa einen bereits fertiggestellten Bericht einreichen, der die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands schildert. Unter den Sachverständigen sind verschiedene, die auch das Abkommen von Spa unterzeichnet haben.

Der Riß im Völkerbund. Wie Chicago Tribune aus Santiago erfährt, sollen die chilenischen Delegierten beauftragt worden sein, die Völkerbundsversammlung zu verlassen, falls diese dem Ersuchen von Bolivia und Peru stattgeben sollte, sich mit der Revision der von ihnen mit Chile abgeschlossenen Verträge von 1882 und 1904 zu befassen.

Staatsbankerott Deutschösterreichs? Aus sehr guter österreichischer Quelle erfahren wir, daß die schon seit einigen Tagen bekanntgewordene Anwesenheit des Grafen Czernin in Berlin den Zweck hat, festzustellen, wie sich die deutsche Regierung und die maßgebenden Finanzkreise zu der voraussichtlich demnächst bevorstehenden Zahlungseinstellung Oesterreichs stellen werden und ob von deutscher Seite irgendwelche Stützungsaktionen oder sonstige Maßnahmen zu erwarten seien.

Ende des englisch-japanischen Bündnisses? Japan hat bis Dienstag noch nicht offiziell um eine Erneuerung der englisch-japanischen Allianz nachgesucht. Die Schwierigkeit liegt in der Forderung Japans, daß Großbritannien im Falle von Schwierigkeiten Japans mit den Vereinigten Staaten den Japanern helfen soll. Sollte Japan auf dieser Klausel bestehen, so werde sich England weigern, die Allianz zu erneuern.

Vorlagen und Anträge an den Landtag.

Die Regierung hat dem Landtage eine Gesetzesvorlage über die Aufhebung des Hohneujahrtages und des Frühjahrbußtages als staatlicher Feiertag zugehen lassen. — Dem Entwurfe liegen die Beschlüsse der Volkskammer v[om] 9. März und die Vorberatungen des Rechtsausschusses zugrunde. — Eine weitere Gesetzesvorlage betrifft die Abänderung des Schlachtviehversicherungsgesetzes.

Durch einen Antrag der Demokratischen Fraktion soll die Regierung veranlaßt werden, Mittel und Wege zu suchen, den schädlichen Dualismus auf dem Gebiete der Berufsschule (Fach- und Fortbildungsschule.

SLUB Wir führen Wissen.